Krieg der Bezirksschulen

Wynental Wird der Standort Unterkulm durch die Kreisschule Homberg ausgehungert?

Der Bezirksschulstandort in Unterkulm ist gefährdet. Im nächsten Sommer fehlen 10 Schüler, um die erste Bez in zwei Klassen führen zu können. AZ-ARCHIV

VON RAHEL PLÜSS

Für die Bezirksschule Unterkulm wirds mehr als nur eng. Um nach den neuen kantonalen Vorgaben zu überleben, muss eine Oberstufe spätestens ab Schuljahr 2021/22 mit zwei Klassen pro Jahrgang geführt werden. Die minimale Klassengrösse ist bei 18 Schülern festgesetzt. Für kommenden Sommer haben sich an der Bez Unterkulm gerade mal 26 Schüler angemeldet – zu wenige, um zwei Klassen zu bilden. Der Bezirksschulstandort im mittleren Wynental ist akut gefährdet. Es fehlen 10 Schüler.

Die Gemeinden der Kreisschule Mittleres Wynental – das sind Unterkulm, Oberkulm und Teufenthal – geben die Schuld an der tiefen Schülerzahl unter anderem der Kreisschule Homberg (Reinach). In einem Mediencommuniqué beklagen sie die mangelnde Kooperationsbereitschaft bei der Verteilung der Schüler auf die Bezirksschulen im Tal – mehr noch, sie werfen ihrer Nachbarin gar vor, den Standort Unterkulm auszuhungern.

Worum geht es? Gemäss Mitteilung könnte die Kreisschule Mittleres Wynental nächstes Schuljahr zwei Bezirksschulklassen führen, wenn zusätzliche 10 Schüler zum Schulbesuch in der Bezirksschule Unterkulm motiviert würden. Infrage kämen Schüler aus den Gemeinden Zetzwil und Gontenschwil. Diese seien zwar der Kreisschule Homberg angeschlossen, hätten aber traditionellerweise immer wieder Schüler nach Unterkulm geschickt. In Absprache zwischen den Kreisschulen respektive den betroffenen Gemeinden habe man beschlossen, den Schülern aus Gontenschwil und Zetzwil Wahlfreiheit betreffend Schulort zu gewähren. «Diese Entscheide (Zetzwil: März 2017; Gontenschwil: November 2016) erfolgten in der Absicht, keine Oberstufenschule zu schwächen und eine intakte Schullandschaft aufrecht zu erhalten, jedoch ohne der einen oder der anderen Kreisschule einen Vorrang zu geben», heisst es weiter.

«Der Verlust des Bezirksschulstandortes im mittleren Wynental wird ohne zu Zögern in Kauf genommen.»

Reinach handelt eigenmächtig

Nun hatten die Schüler der beiden Gemeinden doch keine Wahl. In einem Elternbrief, der der az vorliegt, sprach die Kreisschule Homberg den Schülern von Zetzwil und Gontenschwil eigenmächtig ihre Wahlfreiheit ab, um sie nach Reinach zu lotsen. «Ortsschulpflege und Gemeinderat haben nichts davon gewusst», sagt Renate Gautschy, Gemeindeammann von Gontenschwil, auf Anfrage, und macht aus ihrem Ärger keinen Hehl. «Es wird eng mit den Bezschülern und das nutzt Reinach aus.» Die Kreisschule Homberg habe die Schüler von Zetzwil und Gontenschwil einfach dazugezählt, damit ihr der Kanton drei Abteilungen bewillige – was auch geschehen sei. «Sie haben in Eigenkompetenz entschieden», so Gautschy, «das geht nicht.»

Für die Gemeinden im mittleren Wynental ist klar: Hier werden Abmachungen untergraben. Würden sich die Bezirksschulstandorte im Tal nämlich absprechen, so die Argumentation, würde die Gesamtzahl von 98 Bezschülern ohne weiteres fünf Klassen mit je 19 bis 20 Schülern ermöglichen. Aber genau das hat Reinach nicht getan. «Daraus wird ersichtlich», heisst es weiter, «dass die Kreisschule Homberg partielle Eigeninteressen (Ausbau des eigenen Standortes/finanzielle Interessen) dem regionalen Gedanken der Zusammenarbeit – wie er bei anderen Projekten immer wieder gepriesen wird – voranstellt. (…) Der Verlust des Bezirksschulstandortes im mittleren Wynental wird ohne zu Zögern in Kauf genommen.»

Fall gibt weiterhin zu reden

Happige Vorwürfe an die Adresse der Kreisschule Homberg. In Reinach stellt man sich auf den Standpunkt, dass es ja noch nicht so weit sei. «Bis ins Schuljahr 2021/2022 können, nach den jetzigen Vorgaben, Bezirksschulklassen einklassig geführt werden, ohne dass der Bezirksstandort gefährdet ist», so Bruno Rudolf (SVP). Der Reinacher Vizeammann ist Präsident des Kreisschulrats Kreisschule Homberg. Ausserdem habe die Gemeinde Zetzwil den Entscheid, die Wahlfreiheit wieder einzuführen, sehr kurzfristig gefällt. «Die Kreisschule Homberg hat sich einzig und alleine an die Vorgaben des Kantons gehalten, und ist gerne bereit, unter Federführung des Kantons, die Zuteilungen der Bezirksschulen Menziken, Reinach und Unterkulm im Interesse der Schüler und Steuerzahler nochmals zu diskutieren.»

Zu Reden wird die Schülerverteilung fürs nächste Schuljahr alleweil noch. Aus Gontenschwil wollen nämlich sieben Schüler lieber nach Unterkulm in die Bez, wie Renate Gautschy weiss. Ein Rekursverfahren läuft.

Staffelbach

Postfiliale schliesst Ende April

Ab dem 29. Juni können die Staffelbacher während ihres Einkaufs im Volg gleich auch ihre Postgeschäfte erledigen. Die bereits im Dezember angekündigte Schliessung der Postfiliale wird am 22. April vollzogen. Eine Agentur im Dorfladen bedient nach der Neueröffnung die Postkunden. Die Volg-Filiale, die im gleichen Gebäude an der Dorfstrasse 11 beheimatet ist, übernimmt zudem die Mietflächen der heutigen Post. Während der Umbauzeit zwischen dem 22. April und 29. Juni können die Kunden auf die Post Schöftland ausweichen, wie die Post gestern der Bevölkerung per Informationsblatt mitteilte. Auch die abzuholenden Sendungen werden dort gelagert.

Das Anbieten von Postdienstleistungen im Dorfladen nach der Schliessung der lokalen Postfiliale ist eine Kompromisslösung, die bereits an 850 Standorten angewendet wird. Erst im Februar wurde im Volg Moosleerau eine Postagentur eröffnet, nachdem die Post für die Bevölkerung der Leerber Gemeinden schloss. Die Erfahrungen damit sind laut Markus Werner gut. «Die Leute sind zuerst oft etwas skeptisch und können sich noch nicht vorstellen, wie die Abwicklung funktioniert. Wenn wir uns nach den ersten Monaten erkundigen, erhalten wir überwiegend positives Feedback.» Am 12. April können im Rahmen eines Infotages Fragen zum neuen Postangebot gestellt werden. Volg und Postagentur sind nach dem Umbau von Montag bis Samstag zwischen 6 und 20 Uhr geöffnet. (FDU)

Suhrental

Arbeitsgruppe plant Kinderbetreuung

Die Gemeinden des Regionalverbands Suhrental wollen die Umsetzung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes gemeinsam angehen. Das Gesetz will, dass spätestens bis zum Schuljahresbeginn 2018/2019 alle Gemeinden im Kanton ihrer Bevölkerung den Zugang zu einem bedarfsgerechten Angebot an familienergänzender Betreuung für Primarschulkinder sicherstellen können. «Für die Gemeinden fachlich und zeitlich eine grosse Herausforderung», wie der Regionalverband in einer Mitteilung schreibt. Eine Arbeitsgruppe werde nun die Grundlagen für die Umsetzung erarbeiten. Zusammen sollen Mustervorlagen für die Bedarfserhebung und für die notwendigen Reglemente vorbereitet werden. Die Gemeinden könnten diese anschliessend entsprechend ihren eigenen Bedürfnissen und Gegebenheiten anpassen, so der Gemeindeverband. Im Suhren- und Ruedertal gebe es bereits verschiedene Angebote an familienergänzender Kinderbetreuung. Es besteht beispielsweise ein Angebot an Kindertagesstätten, Mittagstischen und Tagesfamilien. Durch das regionale Projekt werden gemäss Mitteilung «Synergien sinnvoll genutzt und die regionale Zusammenarbeit zugunsten unserer gesamten Region gestärkt». (RAP)

Die Grossrätin verbreitet Optimismus

Muhen Die Stiftung Wendepunkt war Gastgeberin der diesjährigen Mitgliederversammlung des Verbands Unternehmen mit sozialem Auftrag.

VON FLURINA DÜNKI (TEXT UND FOTO)

Blitzsauber glänzten die Arbeitsflächen von Küche und Bäckerei der Stiftung Wendepunkt am Mittwochnachmittag. Kaum ein Krümelchen rollte den fleissigen Köchen und Bäckern, die sich in beruflichen Integrationsprojekten befinden, vom Schneidebrett.

Die Atmosphäre war entspannt, obwohl den 56 Vertretern des Aargauischen Verbands Unternehmen mit sozialem Auftrag (Avusa) Häppchen der Wendepunkt-Essenspalette hingezaubert werden mussten. Und diese gestaltet sich mit hausgemachten Macarons, Pralinés und diversen salzigen Köstlichkeiten reichhaltig. Die Gäste hatten die Stärkung nötig, denn nicht nur mussten sie eine verdichtete Organisationsstruktur absegnen, auch machten den Vorstehenden von Unternehmen mit sozialem Auftrag die Sanierungsmassnahmen des Kantons zu schaffen.

Im Sozialunternehmen Wendepunkt werden Menschen beruflich integriert.

Auslagen droht Kürzung

Die damit verbundene Reduktion der persönlichen Auslagen für Personen in stationären Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen wäre für die Betroffenen verheerend, sagte Geschäftsführerin Daniela Mattler. «Die Auslagen beinhalten weit mehr als Taschengeld für Kleidung oder Ausgang. Auch Versicherungen und Steuern müssen davon bezahlt werden.» Konkret würden bei der Umsetzung des heutigen Sanierungsplans die persönlichen Auslagen der Betroffenen im kantonalen Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung von 435 auf 338 Franken heruntergesetzt. Sie sei zuversichtlich, dass die Reduktion im geplanten Ausmass durch den Grossen Rat nicht genehmigt werde, sagte die Verbandspräsidentin und Grossrätin Maya Bally (BDP) den versammelten Mitgliedern. Die in Vernehmlassung befindliche Gesetzesänderung stosse im Kantonsparlament auf breiter Ebene auf Abwehr, auch vonseiten bürgerlicher Parteien.

Zum ersten Mal in Muhen

Die Mitgliederversammlung fand zum ersten Mal in der Müheler Sozialunternehmung Wendepunkt statt. Die Stiftung mit 900 Arbeits-, Ausbildungs-, Wohn-, und Tagesplätzen könne erst seit der Errichtung des neuen Betriebsgebäudes im Jahr 2014 genug grosse Räume für solche Anlässe bieten, sagte Geschäftsführer Sascha Lang. Mit der kulinarischen Verköstigung erlebten die AVUSA-Mitglieder nur eins von vielen Produkten der Wendepunkt-Betriebe. Dienstleistungen wie Verpackungs- und Mahlzeitenservices oder das Fabrizieren von Serienartikeln sind auch Teil des Angebots. Zu den Beschäftigten gehören etwa Teilnehmer von Zertifikatslehrgängen, Wiedereingliederungsprogrammen oder Berechtigte für einen geschützten Arbeitsplatz.

Griensammler

Ein einig Volk von braven Autofahrern

Fake News

Nicht schlecht staunte die Bevölkerung von Wiliberg, als sie aus den Gemeinderatsnachrichten vernehmen musste, dass Wiliberg ein Volk von «Rasern» ist. Laut der Mitteilung mussten nämlich im letzten Jahr 205 Geschwindigkeitsbussen ausgesprochen werden. Das ist mehr als eine pro Einwohner. Abklärungen ergaben nun aber, dass das Gegenteil der Fall ist. In den letzten drei Jahren wurden in Wiliberg keine Bussen wegen zu schnellen Fahrens ausgesprochen. Die 205 Bussen gehen auf das Konto von Zofingen. (RAN)